Erste Mittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro GmbH.

(Alls Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Montag, 8. Juni	Nr. 738

Der Führer an den Reichsbund der Kinderreichen.

Köln, 8. Juni. Aus Anlaß der Reichstagung des Bundes der Kinderreichen sandte dessen Bundesleiter folgendes Telegramm an den Führer:

„Vom Ehrentag der deutschen Volksfamilie in Köln danken über 50 000 kinderreiche Väter und Mütter des Rdst ihrem Führer für die von seinem Stellvertreter entbotenen Grüße und geloben unverbrüchliche Treue für ein ewiges Deutschland."

Auf dieses Telegramm antwortete der Führer wie folgt:

„Den in Köln versammelten Vätern und Müttern des Reichsbundes der Kinderreichen danke ich für die mir telegraphisch übermittelten Grüße. Ich erwidere sie mit den besten Wünschen für die weitere Arbeit des Bundes, für die Zukunft und die Erneuerung des deutschen Volkes.

Adolf Hitler."

Dr. Frick an die Kinderreichen.

Berlin, 7. Juni. Der Reichs- und Preußische Minister des Innern **Dr. Frick** hat an den Ehrentag der Kinderreichen am 7. Juni 1936 auf der Festwiese der Stadt Köln im Messegelände versammelten Kinderreichen folgende Begrüßungsworte gerichtet:

„Ich begrüße den Kampf des Reichsbundes der Kinderreichen um die Sicherung des Willens zum Kinde, denn die erhaltende, die Kinderzeugung des deutschen Volk rassisch wertvolle Familie ist die Voraussetzung für das Fortbestehen unseres Volkes. Auf die Notwendigkeit ihrer Förderung und Erhaltung habe ich bereits in meinen grundsätzlichen Ausführungen auf der ersten Sitzung des Sachverständigenbeirats für Bevölkerungs- und Rassenpolitik am 28. Juni 1933 in Berlin hingewiesen."

Dr. Frick eröffnet Ausstellung „Die deutsche Gemeinde".

Berlin, 7. Juni. Im Ehrenraum der Berliner Ausstellungshallen eröffnete am Sonntag der Reichsminister Dr. Frick die Ausstellung „Die deutsche Gemeinde", eine Leistungsschau der 50 000 deutschen Gemeinden, die der Deutsche Gemeindetag zusammen mit dem Ausstellungs- und Messeamt der Stadt Berlin aus Anlaß des VI. Internationalen Gemeindekongresses ertrifft hat.

Die 1500 Ehrengäste der Eröffnungsfeier, darunter die zum Gemeindekongreß aus 35 Staaten anwesenden Teilnehmer, wurden von dem Direktor des Messeamts Wischek empfangen. Man sah die Staatssekretäre Willikens, Stuckart, Backe, Pfundtner, Reinhardt, Königs, Zschintzsch und Landfried, die Staatsminister Schmidt (Württemberg), Schurt (Mecklenburg), Fritsch (Sachsen) und Pflaumer (Baden), den Stellvertretenden Gauleiter Görlitzer, Staatsrat Meinberg, den Stellvertretenden Presechef der Reichsregierung, Ministerialrat Berndt, unter den Oberbürgermeistern der deutschen Städte den Regierenden Bürgermeister Krogmann - Hamburg, Oberbürgermeister Weidemann-Halle, Oberbürgermeister Dr. Dreßler-Lübeck, Vizepräsident Steeg, Bürgermeister Dr. Marzikh und zahlreiche Vertreter der Behörden sowie der Gliederungen der Bewegung. Die ausländischen Diplomaten wurden vom Chef des Protokolls, Gesandten von Bülow-Schwante, begrüßt.

Stadtkommissar Dr. Lippert sprach das Willkommen der Reichshauptstadt. Er betonte, daß die jeutige Gemeinde alle Bürger nicht nur verwaltungsmäßig, sondern menschlich vom Tage der Geburt bis zur Todesstunde betreue.

Dr. Lippert ging dann auf den inneren Neuaufbau der Gemeinden ein. Allein im letzten Haushaltsjahr hätten die deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände für 2 Milliarden Mark Aufträge an die freie Wirtschaft gegeben. Das Ergebnis sei, daß, während bei der Machtübernahme je vier schaffende Berliner einen Hilfsbedürftigen unterstützt hätten, heute nur noch elf Schaffende für den Zwölften zu sorgen brauchten. Aehnlich lägen die Dinge im ganzen Reich. Dadurch hätten die Gemeinden ihre finanzielle Bewegungsfreiheit zurückgewonnen und könnten sich ihren kulturellen Aufgaben wieder zuwenden.

Der Vorsitzende des Deutschen Gemeindetages, **Reichsleiter Fiehler,** Oberbürgermeister von München, wies darauf hin, daß den ausländischen Gästen und Freunden Gelegenheit gegeben wurde, sich an Ort und Stelle zu überzeugen, wie im neuen Deutschland die Gemeinden und Gemeindeverbände arbeiteten. Die Ausstellung werde diese Eindrücke vertiefen.

Der Reichsleiter dankte Dr. Frick, daß er diesen Ehrentag der deutschen Selbstverwaltung mit den aus- und inländischen Gästen begehe. Die deutsche Selbstverwaltung sei in einer Zeit schwerster Not zu neuem Leben erweckt worden. So wie der Nationalsozialismus alles Gute und Gesunde aus der Vergangenheit in seinen Staat übernommen habe, habe er auch den urdeutschen Gedanken örtlicher Selbstverwaltung der neuen Gemeindeordnung zugrundegelegt. Diese baue auf den Grundgedanken des Freiherrn von Stein auf, die, von den Schlacken der jüngsten Vergangenheit befreit, in glücklichster Weise mit den weltanschaulichen und politischen Erkenntnissen des nationalsozialistischen Staates verknüpft worden seien. Jetzt liege die schwerste Arbeit hinter den Gemeinden, die nun an ihre eigentliche Aufgabe gehen könnten: in einem einheitlichen, von nationalem Willen durchdrungenen Volke die Gemeinschaft wieder vor das Einzelschicksal zu stellen, Gemeinnutz vor Eigennutz zu setzen und unter Führung der Besten des Volkes die wahre Volksgemeinschaft zu schaffen.

Dann enthüllte der Reichsleiter das vom Deutschen Gemeindetag errichtete Denkmal der deutschen Selbstverwaltung, das im Ehrenraum Aufstellung gefunden hat.

Mit stürmischem Jubel empfangen nahm **Reichsminister Dr. Frick** darauf das Wort zu seiner Eröffnungsansprache:

„50 000 deutsche Gemeinden, so führte er aus, schicken sich an, in einer geschlossenen Schau Zeugnis abzulegen über ihre Arbeit und ihre Leistungen. Die Ausstellung „Die deutsche Gemeinde" soll ihren Besuchern ein Bild geben, wie das Wirken deutscher Gemeinden im Leben eines jeden deutschen Volksgenossen Tag für Tag in den vielfältigsten Formen in die Erscheinung tritt; sie soll zeigen, welches Maß öffentlicher Verwaltung, öffentlicher Sorge für die Volksgemeinschaft das Reich vertrauensvoll unseren Gemeinden übertragen hat und mit welch großem Erfolg die Gemeinden der ihnen gestellten Aufgabe gerecht werden.

„So gibt die Ausstellung uns Einblick in einen der wichtigsten Ausschnitte der Verwaltung unseres deutschen Vaterlandes überhaupt; sie macht uns deutlich, wie trotz der Verschiedenheit der Formen Reich, Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden in ihren Wirkungszielen eine Einheit darstellen.

„Der nationalsozialistische Staat kennt es ab, in den deutschen Gemeinden Verwaltungsträger zweiten Ranges zu sehen, die gut genug dazu waren, die Aufgaben von minderer Bedeutung zu lösen. Die deutsche Gemeinde ist vielmehr nicht nur ein vollwertiges Glied unserer gesamten öffentlichen Verwaltung; sie ist eines ihrer wichtigsten Glieder, weil sie dazu bestimmt ist, als die volksnächste Stufe der Verwaltung in einem weit umfassenden Wirkungsbereich den Bedürfnissen, Sorgen und Nöten der örtlichen Gemeinschaft zu dienen. Da nach unserer ganzen Anschauung aber die Volksnähe einer Verwaltung ausschlaggebend für ihren Erfolg ist, sind wir seit der Machtübernahme unermüdlich bestrebt gewesen, der deutschen Gemeinde in dem Verwaltungsaufbau des Reiches die Stellung einzuräumen, auf die sie nach ihrer Eignung und nach ihren Leistungen vollen Anspruch hat.

„Wir haben es Jahrzehnte hindurch erlebt, daß die Gemeinden ihre vornehmste Aufgabe darin sahen, in allen nur möglichen Fragen einem schwachen Staate in betonter Opposition entgegenzutreten; heute aber sehen wir in der deutschen Gemeinde wieder das, was sie bei einer organischen Betrachtung ist: die Zelle des Staates, in ihren Geschicken untrennbar verknüpft mit dem Staate, in ihrem Wirken ausgerichtet auf das Wohl des Staats- und Volksganzen, in ihrer Arbeit geschützt und gefördert vom Staate. Darin liegt keineswegs eine Abkehr von dem Gedanken wahrer Selbstverwaltung, sondern die Wiederherstellung des organischer Betrachtung allein entsprechenden Verhältnisses zwischen Staat und Gemeinde.

„Wie auf manchem Gebiet, so blieb auch hier dem Dritten Reich Adolf Hitlers vorbehalten, die wahre Synthese zwischen Gemeinde und Staat zu finden und in dem Grundgesetz der Deutschen Gemeindeordnung für alle Zeiten festzulegen: Blühende Gemeinden sollen nach Jahren schlimmsten Verfalls in einem starken Staat in echter Selbstverwaltungsfreiheit, aber auch in wahrer Selbstverwaltungsverantwortung dem Wohle der Gemeinschaft dienen; blühende Gemeinden sollen in Einordnung in die großen Lebensnotwendigkeiten der deutschen Nation zu Leistungen befähigt werden, die sich den Leistungen stolzester deutscher Städtekultur gleichwertig an die Seite stellen können: blühende Gemeinden sollen mitbeifen an der Erreichung des Staatszieles, das der Führer am 21. März 1933 in die Worte gefaßt hat:

> „Wir wollen alle wirklich lebendigen Kräfte des Volkes als die tragenden Faktoren der deutschen Zukunft erfassen, wollen uns redlich bemühen, diejenigen zusammen zu führen, die eines guten Willens sind . . ."

„So übergebe ich denn diese einzigartige Ausstellung ihrer Bestimmung. Ich tue es mit dem Wunsche, daß sie dazu beitragen möge, den Besuchern die Leistungen unserer Selbstverwaltung zum vollen Bewußtsein zu bringen und damit dem Gedanken dieser Selbstverwaltung zu dienen; ich tue es mit dem Wunsch, daß sie unseren ausländischen Gästen zeigen möge, welch großen Weges im Reich die wahre Selbstverwaltung nicht nur lebt, sondern in stetem Fortschritt die schweren Schläge der Vergangenheit überwunden hat und heute wieder in vorbildlicher eigenverantwortlicher Arbeit unserem Volke dient. Ich tue es aber vor allem mit einem Wort heißen Dankes an unseren Führer Adolf Hitler, der ist es gewesen, der den deutschen Gemeinden die Wege des Wiederaufstieges freigemacht hat."

Mit dem Sieg-Heil auf den Führer und den Nationalliedern schloß die Feierstunde.

Festabend des deutschen Handwerks.

Frankfurt a. M., 6. Juni. Die Veranstaltungen des Reichshandwerkertages erreichten am Sonnabend mit einem Festabend des deutschen Handwerks ihren Höhepunkt. Zunächst hieß der stellvertretende Gauleiter, **Staatsrat Reiner,** den Reichsleiter Dr. Robert Ley und die anderen Ehrengäste willkommen.

Dr. Robert Ley begrüßte die Vertreter im Namen der Partei. Mit Befriedigung könne er den Fortschritt des deutschen Handwerks und seines Hineinwachsens in das deutsche Volk, in die deutsche Volksgemeinschaft und in die Idee des Führers feststellen. Der Führer habe ihn beauftragt, dem deutschen Handwerk seine herzlichsten Grüße zu überbringen und zu erklären, wie er sich freue, daß das deutsche Handwerk wieder aufblühe und nicht nur seinen Platz behauptet habe, sondern zum Vorbild für die schaffenden Menschen geworden sei. Dem Reichshandwerksmeister Schmidt spreche der Führer seine Anerkennung aus und übermittele seine herzlichsten Grüße.

Anschließend überbrachte der Präsident des italienischen Handwerks, **Buronzo,** die Grüße des italienischen Handwerks. Mit Bewunderung habe er die Leistungen des deutschen Handwerks gesehen und sich über die Geschlossenheit und Disziplin des deutschen Handwerks gefreut.

An den Führer richteten die ausländischen Handwerksdelegationen folgendes Telegramm:

„Die ausländischen Handwerksdelegationen, die unter dem Vorsitz von Herrn Vincenzo Buronzo, Präsident des italienischen Handwerks, in Frankfurt am Main gelegentlich der Reichshandwerkertagung zu einer internationalen Besprechung versammelt sind, stellen mit Genugtuung und Bewunderung fest, daß das deutsche Handwerk in kürzester Zeit die historischen Wünsche der Handwerker verwirklichen konnte und daß seine Berufs- und Standesorganisation einen hohen Grad von Vollkommenheit erreicht hat. Sie sprechen ihm mit ihren besten Wünschen ihre Anerkennung für die damit der Sache des Handwerks geleisteten hervorragenden Dienste aus."

Botschafter François-Poncet fährt nach Paris.

Paris, 7. Juni. Journal meldet aus Berlin, daß der französische Botschafter François-Poncet am Sonntag abend nach Paris gereist ist, um mit den Mitgliedern der neuen Regierung und insbesondere mit Außenminister Delbos Fühlung zu nehmen.

Die Pariser Presse zur Regierungserklärung.

Paris, 7. Juni. Die Regierungserklärung des Kabinetts Léon Blum und die Kammerabstimmung werden in der Sonntagsmorgenpresse besprochen.

Der **Matin** erklärt, es wäre ungerecht, nicht anerkennen zu wollen, daß der Ministerpräsident sich angestrengt habe, loyal zu sein, da er selbst unterstrich, daß das Programm der Volksfront für seine sozialistischen Freunde nur eine Etappe, für die Radikalsozialisten aber ein Endzweck sei.

Nach dem **Excelsior** ist die Regierungserklärung im Senat eifig aufgenommen worden.

Oeuvre findet, der neue Ministerpräsident hätte angesichts seiner sicheren Mehrheit gut daran getan, die ganze gestrige Kammeraussprache abzukürzen. Gleich nach dem ersten Redner der Opposition hätte er die Vertrauensfrage stellen sollen. Man dürfe die Demokratie nicht töten unter dem Vorwand, daß man sie achten wolle.

Der sozialistische **Populaire** ist natürlich mit dem Verlauf der Dinge sehr zufrieden und spricht von einer wirklichen Hoffnung des Landes.

Das **Echo de Paris,** ein ausgesprochener Gegner des Volksfrontkabinetts, sagt, Léon Blum habe zu den Arbeitern nicht so entschlossen, klar und loyal gesprochen, wie sie es vielleicht verstanden hätten. Er habe sich weder als Staatsmann, noch als Regierungsmann, noch als Parteiführer aufgespielt. Man habe bei ihm Pessimismus und Beängstigung verspürt. Im voraus habe er vor den törichten Demagogien die Segel gestrichen, da er erklärte, er würde es nie auf einen Streik mit der Arbeiterklasse ankommen lassen, selbst wenn diese sich in ihren Irrtum immer mehr verrenne. Die Besetzung der Fabriken durch die Arbeiter werde also von nun ab als etwas gesetzlich Zulässiges angesehen. Die Regierung erkläre sich zuständig, die Freiheit der Arbeit zu verbürgen oder auch nur die Freiheit der festgehaltenen Ingenieure zu sichern. Auf dem parlamentarischen Gebiet fielen keine Entscheidungen mehr; Straße und Fabrik beherrschten.

Petit Journal kündigt bereits für Dienstag die Einbringung des Gesetzentwurfes auf Abänderung der Satzungen der Bank von Frankreich an.

Die radikalsozialistische **République** macht sich die Abwertungsansichten des Abgeordneten Paul Renaud zu eigen, während die meisten Pariser Blätter sehr ungern an die Behandlung dieser Frage herangehen.

Schweizer Sozialdemokraten gegen Wehrkredit.

Zürich, 7. Juni. Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat mit 353 gegen 253 Stimmen entgegen dem Antrag der Geschäftsleitung beschlossen, daß das zurzeit dem Parlament vorliegende Wehrkreditbegehren von 235 Millionen Franken nicht einzutreten. Die Mehrheit der Geschäftsleitung erklärte hierauf ihren Rücktritt, doch bleibt die bisherige Geschäftsleitung bis zur Bestellung einer neuen im Amte. Zahlreiche Sektionen, die dem Wehrkredit zugestimmt hätten, waren bei der Tagung nicht vertreten. Schließlich sprach sich der Parteitag mit fast allen Stimmen gegen eine Geldabwertung aus.

Olympia-Abend in Belgrad.

Belgrad, 7. Juni. Der jugoslawische Olympia-Ausschuß, der unter der Schirmherrschaft König Peters II. steht, veranstaltete am Sonnabend im Großen Saal des hiesigen Deutschen Verkehrsbüros einen Olympia-Abend, zu dem die führenden hiesigen Sportkreise sowie zahlreiche Sportfreunde erschienen waren. Unter den Erschienenen befand sich als Vertreter der Regierung Postminister Kalenderditsch, ferner der deutsche Gesandte von Heeren und andere.

Der Abend wurde eingeleitet durch eine Begrüßungsansprache des Vertreters des deutschen Organisationsausschusses für die 11. Olympiade, des Landesgruppenleiters der NSDAP für Jugoslawien, Oberingenieurs Neubauten. Der Minister für physische Volkserziehung, Rogitsch, der darauf einen Vortrag über das Thema „Staat und körperliche Erziehung" halten sollte, mußte seinen Vortrag auf einen späteren Zeitpunkt verschieben, da er wegen dringender politischer Inanspruchnahme am Erscheinen verhindert war. Der Vorsitzende des Belgrader Olympia-Ausschusses, Dr. Zivkowitsch, sprach sodann über den Olympia-Gedanken in Jugoslawien und seine völkerverbindende Bedeutung.

Nach einem Vortrag über die Winter-Olympiade in Garmisch-Partenkirchen, in dem deren großartige Organisation geschildert wurde, endete ein Film über die Winter-Olympiade gezeigt.

Verlautbarung über die Besprechungen in Bukarest.

Bukarest, 8. Juni. Ueber die Besprechungen am Sonntag ist eine Verlautbarung ausgegeben worden, in der es heißt, daß die drei Staatsoberhäupter gemeinsam mit Ministerpräsident Tatarescu sowie den Außenministern Titulescu und Krofta alle auf der Tagesordnung stehenden Fragen behandelt hätten. Man habe festgestellt, daß über alle diese Fragen die gleichen Ansichten beständen. Aus dieser Gleichheit der Ansichten habe sich auch eine Gemeinsamkeit des Handelns ergeben.

Der Präsident von Nicaragaua geht außer Landes.

Mexiko, 7. Juni. Infolge der politischen Unruhen in Nicaragua hat sich Präsident Dr. Sacasa entschlossen, freiwillig nach Salvador in die Verbannung zu gehen. Er reiste am Sonnabend mit einigen Freunden aus Managua nach der Hafenstadt Corinto ab, wo er das Schiff bestieg.

Vor seiner Abreise übergab Sacasa die Präsidentschaft dem Innenminister Dr. Irias. Am Dienstag wird der Kongreß einen vorläufigen Präsidenten wählen, der bis zu den in diesem Jahr sowieso fälligen Präsidentenwahlen durch das Volk amtieren wird.

Die Lage in Südchina.

Schanghai, 8. Juni. Während die chinesische Presse in Schanghai zu den Vorgängen in Kanton nur sehr zurückhaltend Stellung nimmt, meldet Kanton die Fortsetzung der militärischen Vorbereitungen und die Zusammenziehung von Kwangsi-Truppen an der Grenze der Provinz Hunan.

Von amtlicher chinesischer Seite werden japanische Meldungen, die von der Einnahme mehrerer Grenzstädte in der Provinz Hunan wissen wollten, dementiert. Der Oberbefehlshaber der Kwangsi-Truppen bezeichnete die Gerüchte von einem Bürgerkrieg gegen die Nanking-Regierung, angesichts der bedrohlichen Lage des Landes, als Wahnsinn.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.